

Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Freitag, 12. September 1969

Blatt 2502

Gesperrt bis 15 Uhr!

Bürgermeister Marek begrüßte britische Ausstellung
=====

12. September (RK) Heute nachmittag wurde im Museum für Völkerkunde in der Neuen Purg die Ausstellung "Zwei Jahrhunderte britischer Malerei Hogarth bis Turner" eröffnet. Bürgermeister Bruno Marek hielt dabei folgende Ansprache:

"Ich habe die Ehre und die Freude, Sie im Namen der Stadt Wien zur Eröffnung dieser repräsentativen Ausstellung britischer Malerei aus zwei Jahrhunderten herzlich zu begrüßen. Ich danke den Veranstaltern, dem British Council und dem Museum für Völkerkunde, daß sie keine Mühe gescheut haben, dem österreichischen Besucher die hohe Kunst der britischen Malschule, die von der Porträtmalerei in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts bis zu den Vorläufern des Impressionismus um die Mitte des 19. Jahrhunderts reicht, durch Werke ihrer hervorragendsten Vertreter vor Augen zu führen.

Ausstellungen dieser Art haben neben ihrem kunstwissenschaftlichen und pädagogischen Zweck immer auch einen völkerverbindenden Charakter. Durch das Medium Kunst lernen sich die Menschen gegenseitig auch kennen und schätzen. Kunstformen sind letzten Endes ein Spiegelbild der Lebensformen. Das britische und das österreichische Volk blicken auf jahrzehntelange Freundschaft zurück, die auch durch historische Schicksalsschläge nicht getrübt werden konnte. Für viele Österreicher ist Großbritannien in schweren Zeiten ein zweites Vaterland geworden. Dennoch ist es notwendig, immer etwas zu tun, um eine bestehende Freundschaft

./.

zu pflegen und zu erhalten. Diese Ausstellung ist wie kein anderes Ereignis in unseren wechselseitigen Beziehungen dazu geeignet, die britisch-österreichische Freundschaft weiter zu vertiefen.

Schon in der Kunst selbst ist ihrem Wesen nach ein völkerverbindendes Element beschlossen. Das Schöpfertum des Künstlers drückt in nationaler Eigenständigkeit alle jene Anregungen aus, die der Künstler aus dem eigenen, aber ebenso auch aus fremden Völkern empfangen hat. Kunst kennt kein Prestige und keine Grenzen, sondern nur den freien Austausch von Ideen, Erfahrungen und Fertigkeiten. Die britischen Künstler, deren Werke wir hier Revue passieren lassen, die die britische Schule schufen und ihre Lehr- und Wanderjahre mit wenigen Ausnahmen in Italien verbrachten, sind ein lehrreiches Beispiel für diese völkerverbindende Mission der Kunst.

In einer Zeit, in der Verständigung und Friede in der Welt noch längst nicht gesichert erscheinen, sind Ausstellungen wie diese daher ein doppelt erfreuliches und glückliches Ereignis. Ich wünsche den Veranstaltern, daß ihre Mühe belohnt werde und die Werke aus 'Zwei Jahrhunderten britischer Malerei' in Wien möglichst zahlreiche Betrachter und Bewunderer finden!"

- - -

Geehrte Redaktion!

=====

In Sachen Gemeinderatsberichterstattung

Die folgende Berichterstattung über Wiener Landtag und Gemeinderat stellt einen Versuch dar: den Versuch, den Kollegen in den Redaktionen die Arbeit zu erleichtern, indem wir die Berichterstattung bedeutend mehr straffen und so schreiben, daß Sie es brauchen können. Es soll also in Zukunft keine "Pletschen" mehr geben, durch die sich die Kollegen durcharbeiten müssen. Darüber hinaus werden wir jeweils über eine Sitzung einen zusammenfassenden Kurzbericht liefern. Außerdem finden Sie auch eine Zusammenfassung über wichtige Tagesordnungspunkte, die nicht referiert und daher im Sitzungsbericht nicht erwähnt wurden.

Wir hoffen, damit die Arbeit unserer Kollegen erleichtern zu können und wären dankbar, wenn Sie uns wissen ließen, ob unser Versuch gelungen sein wird.

Die Redaktion

- - -

Bezirksvertretungssitzungen in der kommenden Woche
=====

12. September (RK) In der nächsten Woche finden folgende Bezirksvertretungssitzungen statt:

Montag, 15. September: 16 Uhr, Neubau, Hermannsgasse 24-28,
1. Stiege, 2. Stock.

Mittwoch, 17. September: 16. Uhr, Liesing, Perchtoldsdorfer Straße 2, 1. Stock, Zimmer 43.

Donnerstag, 18. September: 17 Uhr, Rudolfshaus-Fünfhaus, Gassgasse 8-10, 1. Stiege, 2. Stock Sitzungssaal.

- - -

Freischwimmerscheine werden übergeben
=====

12. September (RK) Die Aktion "Lernt schwimmen", Bestandteil der Aktion "Sportplätze der offenen Tür", findet kommenden Montag, den 15. September, um 15 Uhr, ihren offiziellen Abschluß. Veranstaltungsort ist das Floridsdorfer Hallenbad, wo im Verlauf eines Rahmenprogramms Vorführungen im Kunstspringen, Kunstschwimmen und Tauchen dargeboten werden. Abschließend werden an jene acht- bis zwölfjährigen Kinder, die sich in der heurigen Sommersaison im Rahmen der Aktion "Lernt schwimmen!" "perfekte Schwimmkünste" angeeignet und darüber eine Prüfung abgelegt haben, die erworbenen Freischwimmerscheine übergeben.

Geehrte Redaktion!

Sie werden herzlich eingeladen, zu der kleinen Feier einen Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

Ort: Floridsdorfer Hallenbad

Zeit: Montag, 15. September, 15 Uhr.

- - -

Internationales Studentenheim: Auch Doppelzimmer für Ehepaare
=====

Stadtrat Pfoch orientierte sich über Baufortschritt - 95 Millionen
Schilling für zweiten Bauteil

12. September (RK) Rund 700 Wohnplätze, eine Mensa mit 500 Sitzplätzen und eine supermoderne Küche, die 2.000 EB-portionen auf einmal "schafft", wird es im Internationalen Studentenheim an der Gymnasiumstraße Wien-Döbling geben, wenn im Herbst 1970 der zweite Bauabschnitt vollendet ist. Hochbaustadtrat Hubert Pfoch konnte sich dieser Tage vom raschen Baufortschritt an diesem Großprojekt, das im August bereits Dachgleiche hatte, informieren. Der zweite Bauteil umfaßt sieben Objekte, nämlich ein siebenstöckiges Doppelhaus, ein siebenstöckiges Einzelhaus, eine Halle, eine Mensa, eine Küche, ein Wirtschaftsgebäude und das Gebäude des dort etablierten Wiener Verkehrsvereins. Alle Gebäude sind durch überdachte Verbindungsgänge miteinander verbunden. In den beiden im Bau befindlichen Wohnblöcken wird es 315 Einzelzimmer und 21 Doppelzimmer für studierende Ehepaare (auch mit Kind) geben. Kostenpunkt des zweiten Bauteils (inklusive Einrichtung): 95 Millionen Schilling. Es wird auch - unter weitgehender Beibehaltung des auf diesem Areal sehr schönen Baumbestandes - für genügend Parkraum vorgesorgt werden. Die neue Mensa wird vor allem auf die Studenten der nahegelegenen Hochschulen für Welthandel und für Bodenkultur eine Anziehungskraft ausüben. Die beiden Wohnhochhäuser des ersten Bauteils sind bereits seit einigen Jahren fertig und bewohnt.

Wiener Landtag
=====

12. September (RK) Im Wiener Landtag wurde am Freitag mit den Stimmen der SPÖ der Beharrungsbeschluß in Sachen Dienstgeberabgabe (U-Bahn-Steuer) nach einer längeren Debatte (Referent: Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik) gefaßt, an der sich die Redner aller Fraktionen beteiligten. Abg. Olah nahm, wie Präsident Dr. Stemmer mitteilte, gemäß § 114, Abs. 4 und § 113 der Stadtverfassung an der Sitzung nicht teil. Auf der Besuchergalerie wurden während der Debatte 17 Zuhörer gezählt.

"Sanktion gegen freigewählten Landtag"

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik (SPÖ) erläuterte zunächst die Gründe, die die Bundesregierung ihrem Einspruch gegen die Dienstgeberabgabe zugrundegelegt hatte und auch die gegenteilige Ansicht der Verfassungsjuristen im Wiener Rathaus, die bereits in der Sitzung der Landesregierung ausführlich zur Sprache gekommen waren. Danach besteht keinerlei Anlaß, die Entscheidung des Wiener Landtages vom 11. Juli nicht zu wiederholen.

Slavik wies darauf hin, daß es natürlich das gute Recht der Bundesregierung ist, alle verfassungsrechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um einen Einspruch gegen ein Landesgesetz vorzubringen. "Es ist aber unmöglich, daß mit Hilfe einer Beeinspruchung im Bundesrat Sanktionen gegen den Beschluß eines freigewählten Landtages ergriffen werden", erklärte Slavik. Dies widerspricht nicht nur dem Geist des Föderalismus, sondern auch dem der Demokratie und der österreichischen Bundesverfassung. Man kann nicht Beschlüsse eines Landtages bekämpfen, indem man eine getroffene Vereinbarung, wie es der Bundesbeitrag zum Wiener U-Bahn-Bau darstellt, nicht einhält.

Von der derzeitigen Regierung habe er nichts anderes erwartet. Aber daß die vier aus Wien stammenden ÖVP-Bundesräte ebenfalls so vorgegangen sind, ist seiner Meinung nach eine überaus bedenkliche Entwicklung, erklärte Slavik und erntete damit lebhafte Zwischenrufe von ÖVP-Abgeordneten Dr. Ebert, der meinte, die ÖVP-Bundesräte haben zugunsten der Wiener Wirtschaft gehandelt und es muß befürchtet werden, daß durch die Dienstgeberabgabe Abwanderungstendenzen von Wiener Betrieben verstärkt werden.

Debatte

Die beiden Debattenredner der DFP, Müller und Dr. Tuma, waren sich über die Ablehnung des Antrages einig. Sie argumentierten damit, daß die Belastung für die kleinen Betriebe unnötig sei, Arbeitsplätze gefährdet würden und das Gesetz überhaupt zu viele Mängel aufweise. So müßten z.B. auch jene, die von der Abgabe befreit seien, "Erklärungen" abgeben. Dies sei engstirnig.

Abg. Dr. Hirnschall (FPÖ) hält das Gesetz für schlecht und überflüssig, aber auch für verhängnisvoll, weil es dazu geführt hat, daß der scheinende Bundeszuschuß storniert wurde. Der Beharrungsbeschluß bringt keine Lösung des Finanzierungsproblems. Die Besteuerung der Arbeitsplätze könnte sich aber sehr ungünstig auswirken.

Zum Gesetzestext selbst: Er sei bürokratisch und die Strafbestimmungen absurd hoch.

Mit einem eindringlichen Appell wendete sich Abg. Macher (ÖVP) an den Landtag, das Gesetz zur U-Bahn-Abgabe noch einmal zu überlegen, und nicht Prestige-Denken sondern logischen Schlüssen den Vorrang zu geben. Seiner Meinung nach ergeben sich Nachteile für die kleinen und mittleren Wirtschaft- und Gewerbebetriebe. Durch Umschichtung des städtischen Budgets könne man finanzielle Reserven flüssig machen. Er verwies weiter darauf, daß durch das Odium "Kopfsteuer" eine verstärkte Abwanderung der Wirtschaft von Ost nach West nicht aufzuhalten sein werde. Der Hinweis des Finanzstadtrates, daß Wirtschaft und Industrie durch den U-Bahn-Bau Mehreinnahmen erzielen, sei deshalb kein Argument, weil man vom finanzwissenschaftlichen Standpunkt aus nicht Einkünfte besteuern könne, die erst bevorstehen.

./.

Abg. Hans Mayr (SPÖ) verteidigt die Vorlage und hält der ÖVP vor, es sei ein Widerspruch, ein Ja zur U-Bahn zu sprechen, aber ein Nein zur Möglichkeit einer vernünftigen Finanzierung. Es kann auch niemand abstreiten, daß die Pläne Wiens klar waren und der Beschluß des Nationalrates im Bewußtsein dieser Pläne gefaßt wurde. Mit derartigen Erpressungen gegen ein Bundesland soll man nicht Politik machen. Es ist hoch an der Zeit, ein sachliches Problem wie die Finanzierung der Wiener U-Bahn aus einer Atmosphäre des politischen Streits herauszuheben. Wir sind für Wien verantwortlich und haben dafür zu sorgen, daß es durch den U-Bahn-Bau nicht zu wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommt, daß die Stadt nicht verschuldet und alle anderen Aufgaben der Stadt darunter nicht leiden.

Schlußwort

In seinem Schlußwort wies Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik darauf hin, daß zwar die Vereinbarung über die Bundeshilfe zwischen ihm und Finanzminister Koren im Dezember 1968 zustande gekommen ist, aber er selbst im Februar des heurigen Jahres die Einführung einer Dienstgeberabgabe angekündigt hat, also zu einem Zeitpunkt, der vor der Beschlußfassung der Bundeshilfe durch den Nationalrat lag. Es muß daher die Volkspartei von dieser Absicht gewußt haben. Und selbst als vom Rathaus bereits der Entwurf der Dienstgeberabgabe zur Begutachtung ausgesandt war, hat der Finanzausschuß des Bundesrates noch einstimmig die 2,4 Milliarden Schilling Bundeshilfe gutgeheißen.

Slavik beklagte es, daß das Problem der U-Bahn-Steuer zu sehr durch oberflächliche Schlagworte verzerrt wurde und daß viele Leute über die Wiener Wirtschaft geredet haben, die nichts davon verstehen.

In Wien gibt es derzeit jedoch mehr als 100.000 Arbeitskräfte, die von auswärts kommen. Dies ist ein Zeichen für die gesunde Entwicklung der Wiener Wirtschaft, erklärte Slavik. Daran wird seiner Meinung nach auch die Einhebung der Dienstgeberabgabe nichts ändern.

Slavik ging auch auf das Problem des Polizeikostenbeitrages ein und erklärte, dieser ist einvernehmlich im Zuge der Finanzausgleichsverhandlungen fixiert worden. (Der Polizeikostenbeitrag Wiens macht derzeit jährlich 130 Millionen Schilling aus.) Der Verfassungsgerichtshof hat in einem Erkenntnis diese Situation geändert, doch will Wien fair bleiben. Diese Fairneß kann jedoch nur für beide Seiten gelten und setzt gleichsam voraus, daß auch der Bund zu der Vereinbarung über den U-Bahn-Beitrag bleibt. Slavik meinte überdies, man könne es sich nicht vorstellen, daß - unabhängig von den Nationalratswahlen am 1. März 1970 - die Bundesregierung sich selbst desavouiere. Slavik ließ durchblicken, daß schon deshalb kein Zeitdruck vorhanden ist, weil die Zahlung der ersten Bundesrate von 150 Millionen Schilling ohnehin erst für den 1. September 1970 vorgesehen war.

Das Odium, mit dem laut VP-Abgeordneten Dr. Macher die Dienstgeberabgabe belastet ist, ist seiner Meinung nach nur das Ergebnis der VP-Propaganda, erklärte Slavik. Denn die Belastung der Wirtschaft macht eben: nur 0,44 Prozent aus. Die Volkspartei hat jedoch, fuhr Slavik fort, bei der Änderung des Mietrechtsgesetzes geschwiegen, obwohl dadurch die Wirtschaftstreibenden eine viel höhere Belastung erfahren haben ("Wo war da VP-Abgeordneter Dr. Ebert?", rief SP-Abgeordneter Windisch und erntete damit einen Gegenruf vom VP-Abgeordneten Hahn "über das Wohnbaukonzept der SPÖ reden wir auch noch").

Der Beharrungsbeschuß über die Einführung der Dienstgeberabgabe zugunsten des Wiener U-Bahn-Baues wurde nach rund zweistündiger Debatte schließlich mit den Stimmen der Sozialistischen Abgeordneten vollzogen.

Zum Schluß der Freitag-Landtagssitzung standen drei Gesetzesänderungen aus formaljuristischen Gründen auf der Tagesordnung, worüber Landeshauptmann-Stellvertreter Gertrude Sandner berichtete. Es handelt sich um Änderungen des Wiener Kinogesetzes, des Gesetzes über Wappen und Siegel der Bundeshauptstadt und des Wiener Sportgroschen-Gesetzes. Alle drei Vorlagen wurden ohne Debatte einstimmig angenommen.

(Ende der Sitzung 12.22 Uhr)

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

12. September (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit:
Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obst-
sorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Karotten 3 bis 4 S, Paradeiser 4 S je Kilogramm,
Paprika 40 bis 60 Groschen je Stück.

Obst: Äpfel, Qualitätsklasse II 6 S, Weintrauben 6 S,
Zwetschken 6 bis 8 S je Kilogramm.

- - -

Verkehrsmaßnahmen in der kommenden Woche:

Sperre der Meidlinger Hauptstraße
=====

12. September (RK) Ab Montag, 15. September, muß die Meidlinger Hauptstraße zwischen Tivoligasse und Schönbrunner Straße wegen Aufbringung des endgültigen Fahrbahnbelages für drei Tage gesperrt werden. Auch die Arndtstraße zwischen Grieshofgasse und Meidlinger Hauptstraße, die Niederhofstraße zwischen Vivenotgasse und Meidlinger Hauptstraße müssen aus diesem Grund gesperrt werden.

Die Sperre der Meidlinger Hauptstraße steht im Zusammenhang mit der Sperre der Schönbrunner Straße von der Ruckergasse bis zur Grieshofgasse, die ebenfalls ab Montag wirksam, allerdings etwa zwei Monate dauern wird. Folgende Umleitungen sind vorgesehen: Für die Schönbrunner Straße in Richtung stadteinwärts über die Fabriksbrücke-Linke Wienzeile-Stieggasse-Längelfeldgasse-Steinbauergasse, in der Gegenrichtung erfolgt die Umleitung über Arndtstraße-Grieshofgasse-Schönbrunner Straße-Lobkowitzbrücke-Linke Wienzeile.

Die Umleitung des Verkehrs durch die Meidlinger Hauptstraße zur Lobkowitzbrücke erfolgt durch die Hilschergasse-Vivenotgasse-Niederhofstraße-Mandlgasse-Arndtstraße-Grieshofgasse-Schönbrunner Straße. In der Gegenrichtung: Niederhofstraße-Vivenotgasse-Reschgasse.

Ebenfalls am Montag wird die Schönbrunner Schloßstraße in Richtung stadteinwärts definitiv zur Einbahn erklärt.

Für die ersten drei Tage der kommenden Woche ist jedenfalls im Bereich der Meidlinger Hauptstraße respektive Schönbrunner Straße mit größeren Verkehrsbehinderungen zu rechnen. Die Magistratsabteilung 46 ersucht die Autofahrer, diesen Bereich möglichst zu meiden.

Nach Beendigung der Straßenbauarbeiten im Bereich der Meidlinger Hauptstraße werden in der Meidlinger Hauptstraße ab 18. September etwa zwei Wochen lang Gleisarbeiten der Verkehrsbetriebe durchgeführt, wodurch der Verkehr in Richtung stadtauswärts, also zur Philadelphiabrücke, über die Route Niederhofstraße-Vivenotgasse-Reschgasse umgeleitet werden muß. Gleichzeitig wird die Endstelle der Autobuslinien 64 und 64A von der Hufelandgasse in die Nymphengasse verlegt.

Bauarbeiten in der Amundsenstraße

Am Dienstag, dem 16. September, beginnen Straßenbauarbeiten in der Amundsenstraße vom Edenbad über den Schottenhof bis zum Neuwaldegger Linienamt. Tagsüber wird der Verkehr wechselseitig mit Signaleinrichtungen jeweils auf einer halben Straßenseite durchgeschleust. Außerhalb der Arbeitszeit, also auch während des Wochenendes, wird der Verkehr in beiden Richtungen möglich sein. Die Bauarbeiten werden ungefähr eine Woche dauern.

Ab 15. September wird die Gußhausstraße zwischen Favoritenstraße und Schwarzenbergplatz zur Einbahn.

Behinderungen in der Mariabilfer Straße

Im Verlauf der Mariahilfer Straße, und zwar im Bereich der Stiftskirche, wird es ab 19. September infolge Gleisarbeiten - Dauer eine Woche - zu Verkehrsbehinderungen kommen. Der Verkehr Richtung stadtauswärts wird auf einer Spur jedoch immer möglich sein.

Sperre der Quellenstraße ab 20. September

Ab Montag wird mit Belagsarbeiten für die Triester Straße zwischen Quellenstraße und der Einfahrt zum Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof sowie für die Quellenstraße zwischen Knöllgasse und Triester Straße begonnen. Es ist jedoch Vorsorge getroffen, daß der Verkehr bis zum 19. September nicht ernstlich behindert wird. Am 20. muß jedoch die Quellenstraße von der Gußriegelstraße bis zur Triester Straße gesperrt werden. Umleitung : Buchengasse-Gußriegelstraße und umgekehrt Gußriegelstraße-Davidgasse. Am 22. September, also einen Tag lang, wird auf der Triester Straße der endgültige Fahrbahnbelag aufgebracht, wodurch

fällweise nur eine Fahrspur dem Verkehr zur Verfügung stehen und es zu Behinderungen kommen wird.

Die Verlängerung der Raxstraße zwischen der Laxenburger Straße und Favoritenstraße ist fertiggestellt und wird aller Wahrscheinlichkeit ab Mittwoch dem Verkehr zur Verfügung stehen.

Neuë Spitzenzeiten-Halteverbote

Die Aktion "Halteverbot in Spitzenzeiten" wird nun auch auf die äußere Mariahilfer Straße ausgedehnt: zwischen Gürtel und Turnergasse respektive Rosinagasse werden in der kommenden Woche die entsprechenden Verkehrszeichen aufgestellt, denen zufolge zwischen 6 und 9 Uhr und 16 und 19 Uhr das Halten in diesem Bereich der äußeren Mariahilfer Straße verboten sein wird.

- - -

Rettungsring für die Wohlfahrtsstadträtin =====

12. September (RK) Freitag früh startete zum 20. Male die "Donaufahrt für Altersheimbewohner" mit einem Schiff der DDSG von Wien über Tulln, Dürnstein, Weißenkirchen und zurück. Als Bürgermeister Bruno Marek und Wohlfahrtsstadträtin Maria Jacobi bei der Anlegestelle des Dampfers erschienen, kam der Kapitän in Begleitung seiner Mannschaft zur Stadträtin und überreichte ihr einen funkelnagelneuen Rettungsring. Er trug die Aufschrift "10 Jahre - 20. Fahrt 1959 - 1969, DDSG - MA 12".

Die Donaufahrten für die Bewohner der Altersheime Lainz, Baumgarten, Liesing und St. Andrä gehen auf eine Initiative der Wohlfahrtsstadträtin zurück. Seit der Einführung dieser Fahrten konnten sich 11.357 ältere Mitbürger der Stadt Wien an einer solchen Fahrt beteiligen.

- - -

Wiener Gemeinderat

=====

12. September (RK) Die wichtigsten Beschlüsse, die heute im Wiener Gemeinderat (Vorsitz Bürgermeister Bruno Marek) gefaßt wurden: Hochwasserschutz; neue Radrennbahn, neues Schafbergbad. Von 129 Geschäftsstücken wurden 113 ohne Debatte angenommen (Siehe unseren Bericht: "Gemeinderat-Nachlese").

Anfragen und Anträge

Wegen der Friedhofsordnung hatte die FPÖ eine dringliche Anfrage eingebracht (darüber wird vor Schluß der Sitzung abgestimmt), ferner eine Anfrage über ein Ausbauprogramm für das U-Bahn-Grundnetz. Eine ÖVP-Anfrage beschäftigt sich mit dem Anschluß der Nordbrücke an die autobahnmäßige Straße nach Korneuburg.

Die Anträge: Verkehrssituation an der Kreuzung Währinger Straße - Berggasse (FPÖ). - Novellierung Wohnbaufonds, Kinderwagen und Rollstühle auf der Tramway, Pensionistenfahrtscheine und Kurzstreckenkarten auch Sonn- und Feiertags, Schülerlotsendienst und Fahrtrouten der städtischen Autobusse (alle ÖVP).

Verpflegskosten

GR. Gawlik (SPÖ) beantragte die Erhöhung der Verpflegskosten für das Kinderheim Altenberg des Vereines Volkshilfe von 50 auf 60 Schilling je Tag.

GR. Dr. Tuma (DFP) wies darauf hin, daß die Verpflegskostensätze bei den Volkshilfeheimen zwischen 57 und 81 S schwanken. Hier sei etwas nicht ganz in Ordnung.

GR. Gawlik betonte im Schlußwort, daß die Volkshilfe auch Heime mit altmodischeren Heizungen und damit höherem Personalaufwand verwalte. Außerdem sind einigen Heimen auch Landwirtschaften angeschlossen, die betreut werden müssen.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

./.

Pensionistenklubs

GR. Leopoldine Schlinger (SPÖ) berichtet, daß 117 Pensionistenklubs heuer öffnen werden, um fünf mehr als bisher. Die Betriebszeit ist vom 13. Oktober bis 17. April. Neben dem täglichen Kaffee wird es auch einmal im Monat einen Film geben. Die Gesamtkosten für die Betriebsperiode inklusive der notwendigen Restaurierungen und Installationen betragen 6,670.000 Schilling.

GR. Müller (DFP) rügt, daß nur Befürsorgte in den Pensionistenklubs unterkommen können, und verlangt außerdem "Überparteilichkeit": Ihm sind zu viel Klubs in SPÖ-Heimen untergebracht.

GR. Lehner (ÖVP) bemängelt die nach wie vor bestehende Einkommensgrenze, wenn sie auch heuer hinaufgesetzt wurde. "Von 117 Klubs sind 100 in den Lokalen der SPÖ. Ist das richtig?"

In ihrem Schlußwort stellt GR. Schlinger fest, daß nur 13 Prozent Befürsorgte, aber 87 Prozent Pensionisten in den Klubs Aufnahme finden. Die Vermittlung besorge das Fürsorgeamt. Die Investitionen kämen indirekt der SPÖ zugute? "Meines Wissens braucht die SPÖ kein Geschirr und keine Installationen, wie sie in Pensionistenklubs üblich sind."

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Höhere Verpflegskosten für das Kinderheim in Stiefern am Kamp

GR. Margarete Tischler (SPÖ) referierte über Erhöhung der Verpflegskosten für die in das Kinderheim Pauly-Gottwald in Stiefern am Kamp eingewiesenen Kinder von bisher täglich 60 Schilling 76 Schilling.

GR. Prof. Dr. Wolfram (FPÖ) vertritt die Ansicht, daß die Verpflegskostenerhöhung nicht in dem vorgesehenen Ausmaß notwendig sei. In manchen Teilen Österreichs kostet eine Vollpension in Zimmern mit Fließwasser nur zwischen 60 und 65 Schilling.

GR. Tischler erklärt im Schlußwort, daß in diesem Heim Kinder zwischen drei und zehn Jahren untergebracht sind und deren Betreuung mehr finanzielle Mittel erfordert.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Unfallchirurgie

Stadtrat Dr. Glück (ÖVP) berichtet über die Einrichtung des Neubaus der Unfallchirurgie im Wilhelminenspital mit einem Gesamterfordernis von 33 Millionen Schilling.

GR. Dr. Zeman (SPÖ) verweist darauf, daß auch eine Landemöglichkeit für Hubschrauber eingeplant wurde.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Hochwasserschutz

Hochbaustadtrat Kurt Heller (SPÖ) berichtete über das vom Stadtbauamt ausgearbeitete Projekt für den Donau-Hochwasserschutz. Seit dem Katastrophenhochwasser im Jahr 1954 beschäftigt man sich damit. 20 Projekte wurden ausgearbeitet. Das Land- und Forstwirtschaftsministerium erklärte den Hochwasserschutz am 26. April 1968 zum "bevorzugten Wasserbau". Der Bund hat sich bereit erklärt, von den 3.380 Millionen 680 Millionen Schilling als Beitrag in zehn Jahresraten zu leisten.

GR. Müller (DFP) erklärte, seine Partei könne dem Projekt solange nicht zustimmen, als nicht ein zusammenhängender Verkehrs- und Bebauungsplan sowie ein Generalplan vorliege.

GR. Tuma (DFP) bezeichnete das Projekt als scheinbar bestehend, doch fehlten seiner Meinung nach grundsätzliche Untersuchungen.

GR. Dr. Schmidt (FPÖ): Das Wiener Projekt scheint sicherer und zuverlässiger zu sein als die bloße Abdichtung und Erhöhung der Dämme. Allerdings ist die U-Bahn das Projekt Nummer eins, und die Freiheitlichen könnten einer etwaigen Verschiebung der Rangordnung zum Nachteil des U-Bahn-Baues nicht zustimmen. Wenn durch den Geniestreich des Finanzstadtrates die Bundesbeteiligung beim U-Bahn-Bau endgültig verloren sein sollte, dann hätte Wien zum billigeren Hochwasserschutz zu greifen.

GR. Neusser (ÖVP) bekennt sich zum totalen Hochwasserschutz, wendet sich aber dagegen, den Wiener Steuerzahlern für diese "Spaghetti-Insel" 2,4 Milliarden Schilling anzulasten. Dieser Betrag deckt sich etwa mit der Arbeitsplatzsteuer, den die sozialistische Mehrheit heute im Alleingang durchgedrückt hat. Der Finanzreferent zeigt hier deutlich sein Janus-Gesicht. Wahrscheinlich denken die Sozialisten hier wieder an eine neue Steuer - vielleicht an eine "Insel-Steuer". Fassen wir keinen Beschluß, der uns zwingt, vordringliche Aufgaben wie den U-Bahn-Bau zurückzustellen oder gar den Bau von Schulen, Kindergärten, Wohnungen oder Spitälern einzustellen, der uns zwingt, neue Steuern einzuführen. Unsere erste Aufgabe müßte es sein, rasch die Dämme zu verdichten!

GR. Bednar (SPÖ) verteidigte das Wiener Projekt für den Hochwasserschutz und mahnte zur Eile. 1961 wurde das städtebauliche Grundkonzept, worin das Wiener Projekt für den Hochwasserschutz vollinhaltlich enthalten sei, von allen Parteien beschlossen. Es sei ihm daher unverständlich, daß sich die ÖVP nun davon distanzieren. Die ÖVP hat auch im Bauausschuß dem Wiener Projekt ihre Zustimmung gegeben.

Das Programm des Bundes - Erhöhung des Hubertsudamms - würde Wien noch mehr in zwei Teile teilen. Auch sei nicht ersichtlich, wie die sogenannten Drängewasser in den Kanälen bei Hochwasser gebändigt werden könnten.

Der Zeitplan für die Sanierung des Hubertusdamms sieht so aus: im ersten Baujahr 40,8 Prozent der Dammlänge, im zweiten Jahr 57,2 Prozent und im dritten Jahr schließlich 75,3 Prozent.

Schließlich hob der Redner noch einmal die Vorzüge der vier Millionen Quadratmeter großen Insel als Erholungsfläche für 80.000 bis 100.000 Menschen hervor. Hinsichtlich der Finanzierung vertraue er völlig dem städtischen Finanzreferenten.

Stadtrat Heller im Schlußwort: Das Projekt der Wiener Stadtbaudirektion nimmt auf den späteren Kraftwerksbau Rücksicht. Wir bauen äußerst billig, was schon daraus hervorgeht, daß der Erdaushub gleich für die Errichtung einer 20 Kilometer langen Erholungsinsel verwendet wird. Gleichzeitig liefert das Projekt der Stadt Wien einen Kanal, der den 21. und 22. Bezirk entwässert. Der Bund müßte dieses Projekt eigentlich zu 100 Prozent finanzieren.

Abstimmung: mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ.

Für Rohrlegungen im Zusammenhang mit der Errichtung der vierten Donaubrücke beantragte GR. Glaser (SPÖ) einen Sachkredit von 6,9 Millionen Schilling. In der Debatte rügte GR. DDr. Strunz (ÖVP) neuerlich die großen Leitungsverluste in Wien, die bei 50.000 Kubikmeter im Tag bereits die Größe der Wassereinbringung des Wasserwerkes Lobau erreichen. Die Rohrnetzverluste liegen bei zehn Prozent, Berlin weist nur 3,7, Hamburg 4,8 Prozent auf. Dr. Strunz stellt neuerlich einen Antrag, Verfahren und Maßnahmen zur Herabsetzung der Wasserverluste im Wiener Rohrnetz zu finden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Antrag Strunz wird zugewiesen.

Sachkrediterhöhung

GR. Prof. Zörner (ÖVP) beantragt eine Erhöhung des Sachkredits für den Schulneubau 23, Altmannsdorfer Straße von 27 Millionen auf 32 Millionen. Der ursprüngliche Kostenvoranschlag stamme aus dem Jahr 1964 und sei durch die gestiegenen Baukosten bereits überholt.

GR. Dr. Wolfram (FPÖ) findet eine Diskrepanz zwischen den Plänen (acht Klassen) und dem seinerzeitigen Beschluß, zehn Klassen zu errichten.

GR. Prof. Zörner stellt im Schlußwort fest, daß diese zwei Klassen und ein Musikzimmer bereits im Rahmen des Volksschulprogrammes errichtet wurden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Radrennbahn

GR. Herbert Mayr (SPÖ) referiert über die neue Radrennbahn in der Engerthstraße.

GR. Ascherl (SPÖ) erklärt, die geplante Radrennbahn werde nicht nur für die Radsportler, sondern darüber hinaus auch für andere Sportarten von internationaler Bedeutung sein. Ihre Planung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Sportvereinigungen und internationalen Sportexperten. Die Stadt Wien habe gerade in den letzten Jahren eine ganze Reihe von großen Sportanlagen errichtet, laufend Turnsäle und Sportplätze für ihre Schülere gebaut, verschiedene Aktionen für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen und im Jänner dieses Jahres einen Sportstättenplan vorgelegt. Leider hat man jedoch Wien nicht die Möglichkeit gegeben, hier die olympischen Spiele 1972 veranstalten zu können.

GR. Bittner (ÖVP) bedauert, daß sich die Errichtung der Radrennbahn trotz wiederholter Anträge und Vorschläge seiner Fraktion Jahre verzögert hat. Der Sportstättenplan sei bedauerlicherweise nicht im Sportbeirat verberaten worden. Ein Wiener Sportgesetz müßte endlich verwirklicht werden.

GR. Mayr abschließend: Ein Wiener Sportgesetz sei in Ausarbeitung. Im Sportbeirat versäume es der Vertreter der Volkspartei leider an den Sitzungen teilzunehmen. Eine frühere Errichtung der Radrennbahn wäre eine Fehlinvestition gewesen, da die internationale Radsportkommission erst vor kurzem einen endgültigen Beschluß über die internationalen Maße von Radrennbahnen gefaßt hat.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Neues Schafbergbad

Stadtrat Pfoch (SPÖ) referierte über den Neubau des Schafbergbades mit voraussichtlichen Kosten von 39 Millionen.

GR. Dkfm. Dr. Ebert (ÖVP) erinnert daran, daß er und seine Fraktion immer wieder ein Bäderkonzept gefordert haben, da die Wiener Bevölkerung mit Bädern schlecht versorgt ist. Gleichzeitig schlägt er vor, der Öffentlichkeit die Frage vorzulegen, ob die Gelder für Bäder möglichst in allen Bezirken oder für eine "Spaghetti-Insel" verwendet werden sollen. Schließlich setzt er sich noch für die Erhaltung der vorhandenen Privatbäder ein, die, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, durchaus aktiv und flexibler als städtische Bäder geführt werden können.

GR. Ing. Hofstetter SPÖ: Das Bäderkonzept solle dazu führen, daß Wien auch hier internationalen Standard erreiche und daß vor allem in Zukunft noch mehr "Naherholungsräume" entstehen, die durch öffentliche Verkehrsmittel günstig erreichbar sind. Das Bäderkonzept sieht die Neugestaltung von 24 Bädern mit einem Kostenaufwand von 500 Millionen Schilling vor. Hofstetter berichtete über den Baufortschritt bei den einzelnen städtischen Bäderprojekten und betonte vor allem die wirtschaftlichen Vorteile von sogenannten kombinierten Sommerbädern, die auch als Hallenbad benützt sind. Demnach sehe auch die zweite Ausbaustufe des Schafbergbades eine Halle vor. Das Bäderkonzept spielt auch im Rahmen des Hochwasserschutzes eine bedeutende Rolle, denn auf der Inselwürden einige neue Bäder gebaut werden.

Stadtrat Pfoch sagte im Schlußwort "mit 68 Bädern werden wir unserem Ruf als Bäderstadt, der in der Ersten Republik begründet wurde, ohne weiters gerecht. Im Rahmen des Bäderkonzeptes werden

in den nächsten sieben Jahren 14 Bäder in der Bundeshauptstadt entstehen. Wenn gesagt wird, daß wir das Donauinsel-Projekt zugunsten eines verstärkten Bäderbaues zurückstellen sollen, so kann ich nur sagen, daß wir sowohl Bäder als auch eine Donauinsel, die der Erholung dient, bauen werden.

Abstimmung: einstimmig angenommen.

Dringliche Anfrage

Schließlich begründet GR. Peter (FPÖ) den Antrag auf dringliche Behandlung der von der FPÖ eingebrachten Anfrage über die Handhabung der Friedhofsordnung. Darin wird die Frage aufgeworfen, ob die Pressemitteilungen und Beschwerden über eine angebliche rigorose Handhabung der Friedhofsordnung stimmen, ob beabsichtigt ist, künftig eine individuelle Gestaltung der Gräber zu verhindern und eine uniforme Ausgestaltung der Friedhöfe durchzusetzen.

Da lediglich die FPÖ-Fraktion für die dringliche Behandlung stimmt, wird keine Debatte abgeführt und die Anfrage auf schriftlichem Wege beantwortet werden.

Schluß der Sitzung um 16 Uhr.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

Landtag-Zusammenfassung
=====

12. September (RK) Nach rund zweistündiger Debatte, bei der es gelegentlich lebhafte Zwischenrufszenen gab, faßte am Freitag der Wiener Landtag mit den Stimmen der Sozialisten einen Beharrungsbeschuß über die Dienstgeber-Abgabe zugunsten des Wiener U-Bahn-Baues.

Landeshauptmann-Stellvertreter Slavik wiederholte die Argumente, die gegen die Beeinspruchung durch die Bundesregierung vom Magistrat ins Treffen geführt werden - "Belastung der Wiener Wirtschaft bloß 0,44 Prozent" - und beschäftigte sich ebenso wie SP-Abgeordneter Hans Mayr mit der politischen Seite dieses Fragenkomplexes. Er halte es für unmöglich, daß beispielsweise die vier Wiener VP-Bundesräte gegen den Bundesbeitrag für die U-Bahn votiert hätten und daß auf diese Weise versucht werde, gegen den Beschluß eines freigewählten Landtages Sanktionen zu ergreifen. Dies widerspreche nicht nur dem Förderalismus, sondern auch dem Geist der Demokratie der Bundesverfassung. Slavik unterstrich jedoch, daß es selbstverständlich das Recht der Bundesregierung sei, alle verfassungsrechtlichen Möglichkeiten auszus schöpfen, um ein Landesgesetz zu beeinspruchen.

Die Redner der Volkspartei, der DFP und der Freiheitlichen lehnten mit ziemlich gleichartigen Argumenten neuerlich das Gesetz über die Dienstgeberabgabe ab. Dr. Hirnschall (FP) wies in diesem Zusammenhang überdies auf das Problem des Polizeikostenbeitrages hin, das durch ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes nunmehr anders gelagert sei als seinerzeit bei Abschluß des Finanzausgleiches. Danach wäre Wien zur Zahlung des Polizeikostenbeitrages (jährlich 130 Millionen Schilling) nicht unbedingt verpflichtet.

Abgeordneter Dr. Macher (VP) verlangte, man sollte die U-Bahn-Steuer neu überdenken und nicht nur auf die formalen Gründe des Einspruches der Regierung eingehen. Der Redner wiederholte die Argumentation seiner Partei, daß diese "Kopfsteuer" schädliche Auswirkungen für die Wiener Wirtschaft haben werde. Es sei zu befürchten, daß es zu Abwanderungen von Wiener Betrieben kommen werde und die ohnehin durch die Randslage Wiens vorhandene.

Ungunst noch verstärkt werde. Macher beklagte es zudem, daß in dem Gesetz nicht Vorsorge getroffen sei, jene Betriebe zu entschädigen, die durch den Bau der U-Bahn nachweislich Schaden erleiden.

- - -

Gemeinderat-Nachlese
=====

12. September (RK) In der Freitag-Sitzung des Wiener Gemeinderates wurden insgesamt 113 Geschäftsstücke ohne Debatte angenommen. Darunter befanden sich die Schaffung einer kardiologischen und einer strahlentherapeutischen Klinik, (31,5 Millionen) der Um- und Zubau des pathologisch-bakteriologischen Institutes (2,3 Millionen), die Adaptierung der Ambulanz der urologischen Universitätsklinik im Allgemeinen Krankenhaus (4,2 Millionen).

Auf dem Bausektor wurden der Einbau von Personenaufzügen in diverse städtische Wohnhausanlagen, Arbeiten für die Donaukanalbrücke im Zuge der Nordost-Autobahn (1,7 Millionen), an der Friedensbrücke (12 Millionen), sowie an der 2. Wiener Hochquellenleitung (13,5 Millionen), ferner die Fernheizleitung in die Allgemeine Poliklinik (1,3 Millionen) genehmigt und ein 8,6 Millionen Zuschuß zum Bau einer privaten Großgarage für 500 Pkw in der Schönbrunner Straße bei der Lobkowitzbrücke nachträglich bewilligt.

Bei den Wiener Stadtwerken ging es um Investitionen zur Errichtung einer Wasserdampf-Methanspaltanlage, zur Verstärkung der Gasgebläse und zum Ausbau einiger Freileitungen im Netz der Wiener E-Werke. Auch einige Verkehrslichtsignalanlagen wurden ohne Debatte genehmigt.

- - -

Empfang für kommunalpolitische Bundeskonferenz
=====

12. September (RK) Die Stadt Wien gab Freitag abend anlässlich der kommunalpolitischen Bundeskonferenz, die Bürgermeister aus allen österreichischen Städten vereinigt, im Festsaal des Wiener Rathauses einen Empfang. In seiner Begrüßungsansprache führte Bürgermeister Bruno Marek aus:

"Es ist mir eine ganz besondere Freude und Ehre, Sie, die Repräsentanten von Städten und Gemeinden, in so großer Zahl aus allen Bundesländern im Wiener Rathaus begrüßen zu dürfen. Diesen Willkommgruß entbiete ich nicht nur im eigenen Namen, sondern auch namens der Mitglieder des Wiener Stadtsenates, die mit mir erschienen sind.

Ich messe Ihrer Anwesenheit in Wien besondere Bedeutung zu, weil sie aus Anlaß der morgen stattfindenden kommunalpolitischen Konferenz erfolgt. Es ist erfreulich, daß zum ersten Mal in Österreich eine der beiden großen Parteien in weitgestrecktem Rahmen eine Konferenz durchführt, die sich ausschließlich mit kommunalpolitischen Problemen beschäftigen wird.

Auch wenn diese Konferenz nur von einer Partei veranstaltet wird, so bin ich doch davon überzeugt, daß von den Beratungen auf dieser Konferenz sehr wesentliche Impulse für die Gesamtheit der österreichischen Städte und Gemeinden ausgehen werden.

Meine Damen und Herren, unsere Arbeit wird in immer größerem Maße bestimmt und beeinflusst, ja ich möchte sagen, vorgezeichnet von wissenschaftlichen Erkenntnissen.

In allen Bereichen des menschlichen Lebens, sei es auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem oder gesellschaftlichem Gebiet, müssen wir den geänderten Verhältnissen Rechnung tragen. Natürlich bringen diese Wandlungen große Probleme für den Staat und die Länder mit sich, aber zu allererst und ganz besonders werden die Gemeinden und damit die Kommunalpolitiker mit den neuen Aufgaben konfrontiert. Es müssen daher Lösungsvorschläge erarbeitet werden, die, so sehr sie die gleichen Zielsetzungen verfolgen, doch nicht von einer Gemeinde auf die andere umgelegt werden können. Es ist atemberaubend, feststellen zu müssen,

welch. ungeheure Leistungen von einer Generation erbracht werden müssen. Erlauben Sie mir, einige Vorhaben nur aus meinem Arbeitsbereich kurz zu skizzieren: Der U-Bahn-Bau wird durch viele Jahre nicht nur das Bild unserer Stadt beherrschen, sondern auch wesentlich die Wirtschaftsentwicklung mitbestimmen. - Die Verwirklichung des totalen Hochwasserschutzes wird das Antlitz ganzer Stadtteile verändern. - Die ständig steigenden Schülerzahlen erfordern ganz besondere Anstrengungen. Immer mehr Schulen müssen gebaut und damit die Voraussetzung für eine moderne Ausbildung unserer Jugend geschaffen werden. Es ist verständlich, daß bei dieser Vielzahl von so gigantischen Aufgaben manchmal die Finanzdecke angespannt ist. Es darf daher nicht verwundern, daß verantwortungsbewußte Politiker neue Finanzquellen zu erschließen suchen. Es wird auch notwendig sein, den Stadt- und Gemeindeverwaltungen durch einen besseren Finanzausgleich die Lösung und Realisierung der immer größer werdenden Aufgabe zu erleichtern.

Vizebürgermeister Slavik, der sich in diesen besonders akuten Fragen nicht nur als hervorragender Unterhändler erwiesen hat, sondern auch als Finanzstadtrat den Ruf eines großen Fachmannes genießt, wird sich morgen, in der kommunalpolitischen Konferenz mit diesen Fragen in einem umfassenden Referat beschäftigen.

Uns als Kommunal-Politikern ist aus eigener Erfahrung bekannt, daß gerade in den Städten und Gemeinden die Sorgen und Bedürfnisse der Menschen, unserer Mitbürger, zu allererst zu Tage treten. Ich bin überzeugt, daß ein gesundes und lebendiges Kommunalwesen die erste und wichtigste Grundlage für einen gut funktionierenden Staat bildet. Ein großer Staatsmann sagte bei der Eröffnung einer kommunalpolitischen Tagung:

"Nach meiner Erfahrung wird Demokratie am besten in den Gemeinden gelehrt, weil dort die praktische Arbeit und das Ergebnis einer Abstimmung unmittelbar sichtbar wird. Die Arbeit im Dienst der Gemeinde ist daher die beste Vorstufe für die Arbeit auf politischem Gebiet überhaupt!"

Gemeinderat-Zusammenfassung

=====

12. September (RK) In der Sitzung des Wiener Gemeinderates am Freitag wurde das Donauhochwasserschutzprojekt des Wiener Stadtbauamtes nach einem Referat von Tiefbaustadtrat Kurt Heller mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ grundsätzlich genehmigt. Die Kosten werden bekanntlich mit 3.380 Millionen Schilling veranschlagt, zu denen der Bund einen Beitrag von 680 Millionen leisten will. Die Sprecher der DFP Müller und Dr. Tuma lehnten das Projekt ab, ebenso wie GR. Neusser von der ÖVP. Man solle keinen Beschluß fassen, der uns vielleicht zwingt, vor-dringliche Aufgaben, wie den U-Bahn-Bau, zurückzustellen, sagte der ÖVP-Sprecher. GR. Dr. Schmidt von den Freiheitlichen stimmte dem Wiener Projekt zu, behielt sich aber vor, wenn die Bundesbeteiligung beim U-Bahn-Bau verloren sein sollte, eine endgültige Entscheidung zu treffen. GR. Bednar (SPÖ) erinnerte daran, daß die ÖVP seinerzeit dem Projekt bereits zugestimmt habe. Das Bundesprojekt sei problematisch, während das Wiener Projekt eine maximale Sicherheit bietet. Dazu kommen aber die Vorzüge der Insel als Erholungsfläche für 100.000 Menschen.

Einstimmig genehmigte der Wiener Gemeinderat die Errichtung der neuen Radrennbahn in der Engerthstraße. Die Vorwürfe der ÖVP, daß der Bau um Jahre verzögert wurde, wies SPÖ-Referent GR. Mayr zurück: eine frühere Errichtung wäre eine Fehlinvestition gewesen, weil die internationale Radsportkommission erst vor kurzem bindende Beschlüsse über Radrennbahnen gefaßt hat.

Auch dem Bau des neuen Schafbergbades wurde einhellig zugestimmt. Dr. Ebert (ÖVP) schlug dabei Bäderstadtrat Pfoch vor, lieber in allen Bezirken Bäder zu bauen als das Geld für die "Spaghetti-Insel" zu verwenden. Der Stadtrat replizierte: Mit 68 Bädern wird Wien seinem Ruf als Bäderstadt gerecht. Wir werden in Zukunft sowohl neue Bäder wie auch die Donauinsel bauen.

- - -